

## **Frühjahrs-Medienkonferenz**

Mittwoch, 2. Mai 2007

Es gilt das gesprochene Wort

# Energie und Umwelt: Spitzenreiter bleiben, aber nicht im Alleingang

## **Energieeffizienz, Versorgungssicherheit und Klimaschutz unter einen Hut bringen**

Patrick Odier, Vizepräsident von economisesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Wie lassen sich die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Aspekte der menschlichen Aktivitäten ins Gleichgewicht bringen? Das ist die Kernfrage der nachhaltigen Entwicklung, die heutzutage, wo Klimaentwicklung und Energieversorgung im Rampenlicht stehen, wieder hochaktuell geworden ist.

Leider sucht man häufig lieber nach Sündenböcken, statt ein Gleichgewicht anzustreben, oder man erweckt den Eindruck, dass eines der drei Gebiete gegenüber den anderen Vorrang hat. Sogar das alte Klischee, wonach Wirtschaft und Umwelt Rivalen sind, taucht wieder auf – eine enge und völlig überholte Auffassung.

Im Grunde verfolgen Wirtschaft und Ökologie das gleiche Anliegen: Wie geht man mit den begrenzt vorhandenen Ressourcen am besten um? Unternehmen und Marktinstrumente müssen eine Schlüsselrolle spielen, um die Klimaerwärmung zu bekämpfen und um auf die wachsende Nachfrage nach natürlichen Ressourcen und Energie zu reagieren. Wo einige eine Gefahr orten, sehen wir einen enormen Innovationsanreiz, um alternative Lösungen zu finden.

Die Erhaltung der natürlichen Ressourcen könnte sich sogar zu einer kräftigen Wachstumsquelle entwickeln, welche für ein hohes Umweltschutzniveau unverzichtbar ist. Am besten geht es der Umwelt nämlich in den entwickelten Ländern.

Die Wirtschaft hat keine Angst vor Energiesparen oder vor CO<sub>2</sub>-Reduktionen, aber sie misstraut übertriebenen und unrealistischen Forderungen und ist besorgt über die Unschlüssigkeit in der Stromversorgungsfrage, die für Unternehmen einen lebenswichtigen Parameter darstellt.

Ich darf daran erinnern, dass die Schweiz und die schweizerische Wirtschaft in Sachen Umweltschutz, Klimapolitik, Energieeffizienz und Nutzung von erneuerbaren Ressourcen als Vorbild gelten. Diese Tatsache wird zu oft unter den Teppich gekehrt, obwohl sie für eine objektivere und sachlichere Diskussion sehr wichtig ist.

### **1. Energie- und Klimapolitik: bemerkenswerte Bilanz und Bereitschaft zu weiteren Bemühungen**

Die Energiepolitik der Schweiz ist im internationalen Vergleich als bemerkenswert zu bezeichnen. In unserem Land geht man effizient mit Energie um und achtet darauf, die Umwelt zu schützen und Verschwendung zu vermeiden. Zu oft wird der Teufel an die Wand gemalt, um neue staatliche Interventionen besser rechtfertigen zu können.

Die vorbildliche Position unseres Landes wird uns unter anderem in einer jüngeren Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln attestiert. Die Schweiz liegt im Umwelt-Ranking betreffend Wasserverbrauch, Luftschutz und Energieeffizienz hinter Irland auf Rang zwei (Folie 3: Umwelt-Effizienz-Indikator).

Die Schweiz gehört auch zu den Ländern mit dem geringsten Energieverbrauch pro BIP-Franken (Folie 4: Primärenergiebedarf pro Einheit BIP 2004). Das lässt sich anhand der Zahlen der Internationalen Energieagentur in einem Bild veranschaulichen: Deutschland verbraucht 163 Tonnen Erdöläquivalente pro Million Dollar BIP, Frankreich 170, Schweden 216 und die Vereinigten Staaten 221, während sich die Schweiz mit 122 Tonnen begnügt.

(Quelle: Internationale Energieagentur, veröffentlicht auf der Website [http://earthtrends.wri.org/searchable\\_db/index.php?theme=6&variable\\_ID=668&action=select\\_countries](http://earthtrends.wri.org/searchable_db/index.php?theme=6&variable_ID=668&action=select_countries))

### **Weitgehend freiwillige Klimapolitik**

Bezüglich der CO<sub>2</sub>-Emissionen ist zu erwähnen, dass die Schweiz unter den Industrieländern am wenigsten Treibhausgas pro Einwohner ausstösst. (Abbildung 2: Treibhausgas-Emissionen pro Einwohner). Die Schweizer Wirtschaft hat ihre Aufgabe ernst genommen. Über die Energie-Agentur der Wirtschaft beteiligen sich rund 1'600 Unternehmen an verschiedenen Vereinbarungen mit dem Ziel, die Energieeffizienz zu verbessern und die Emissionen zu senken. Das bedeutet jährlich 400'000 Tonnen CO<sub>2</sub> weniger in der Atmosphäre. Hinzu kommt die Arbeit der Stiftung Klimarappen, die massgeblich zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen beiträgt (1,8 Mio. Tonnen). Dank den vereinten Anstrengungen wird die Schweiz zu den wenigen Ländern gehören, die die Ziele des Kyoto-Protokolls erreichen.

Dass wir unsere Elektrizität praktisch CO<sub>2</sub>-frei produzieren, trägt wesentlich zur guten Bilanz der Schweiz bei. Grund dafür ist, dass die Wasserkraftproduktion beinahe 60% des Totals ausmacht. Die restliche Stromproduktion – rund 40% – stammt grösstenteils aus den ebenfalls CO<sub>2</sub>-freien Kernkraftwerken. Diese Produktion ist verlässlich und kostengünstig. Die Brennstoffe können gelagert werden und stammen aus verschiedenen westlichen Ländern. Das Versorgungsrisiko wird durch die Diversifizierung stark verringert.

Der „Mix“ aus Wasserkraft und Kernkraft nützt der Klimapolitik und garantiert eine gute Versorgung. Diese Formel in Frage zu stellen, würde nur die Versorgungssicherheit gefährden, die Preise in die Höhe treiben und noch mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen.

## **2. Marktkräfte spielen lassen – Versorgungssicherheit garantieren**

Die Wirtschaft hat nicht im Geringsten vor, die Führungsrolle im Umweltbereich anderen Ländern zu überlassen. Im ureigenen ökonomischen Interesse und aus ökologischer Verantwortung wollen die Unternehmen weiter voranschreiten. Dabei müssen aber die Marktkräfte zum Tragen kommen.

Zunächst müssen wir in der Lage sein, uns am internationalen Handel mit CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikaten zu beteiligen. Das wird indirekt erst möglich sein, wenn die CO<sub>2</sub>-Abgabe in Kraft ist. Diese CO<sub>2</sub>-Abgabe bildet eine Voraussetzung für die Beteiligung der Unternehmen am europäischen Zertifikatehandel, weil sie es ermöglicht, Emissionskontingente festzulegen (Reduktionsziel) und Sanktionen zu verhängen (wenn das Ziel nicht erreicht wird). Für die Zeit nach 2012 muss eine direktere Lösung für diese Frage gefunden werden. Der Emissionsrechtehandel könnte sich durchaus als eines der wichtigen und bleibenden Resultate des Kyoto-Protokolls herausstellen: Er bietet einen flexiblen Rahmen, in dem Angebot und Nachfrage die Preise bestimmen. Deswegen ist er einer vom Staat festgelegten reinen Energieabgabe vorzuziehen.

Die Wirtschaft wird demzufolge die Vorhaben der Bundesverwaltung ablehnen: Diese erwägt unter dem Deckmantel der „ökologischen Steuerreform“ die Einführung einer globalen Energieabgabe, die den Preis der fossilen Brennstoffe verdoppeln und den Strompreis um 50% erhöhen würde. In einem solchen Szenario würde die Schweiz nicht das Rennen anführen, sondern den für das Land und die Wirtschaft schädlichen **Alleingang** wählen. Dies würde heute produktive und wettbewerbsfähige Industrien ins Ausland vertreiben. Die Klimapolitik hat es gezeigt: Freiwillige Massnahmen bewähren sich. Ihr Potenzial ist bei Weitem noch nicht ausgereizt, so dass sich neue zwingende Interventionen nicht rechtfertigen.

### **Elektrizität und Wirtschaftswachstum sind eng verbunden**

Wir hängen für unsere Energieversorgung weitgehend vom Ausland ab. Das trifft neu auch auf einen Bereich zu, in dem wir eigentlich in der Lage sind, unseren Bedarf zu decken, nämlich auf die Elektrizität.

Elektrizität und Wirtschaftswachstum sind eng verbunden. Ein Wachstum von 1% führt bekanntlich zu einer Zunahme des Stromverbrauchs um 1,8% (Abbildung 5: Wirtschaftswachstum braucht Strom). In einer Technologie- und Dienstleistungsgesellschaft ist Elektrizität wichtiger denn je.

Problematisch dabei ist, dass der Stromverbrauch allein in den 25 letzten Jahren um 25% gestiegen ist, die Stromproduktion jedoch nur um 12%. Gegen 2020, wenn die erste Kernkraftwerkgeneration ausser Betrieb genommen wird und die Lieferverträge mit Frankreich auslaufen, wird das Versorgungsdefizit 7-10 TWh betragen. Wenn nichts unternommen wird, schnell das Defizit bis 2035 auf 25-30 TWh hoch, was rund der Hälfte des heutigen Verbrauchs entspricht. Allerdings werden wir bereits lange vorher kritische Versorgungsengpässe erleben. Mit Energiesparen können wir diese Lücken nicht schliessen. Sogar das sehr ehrgeizige Szenario der „2000 Watt-Gesellschaft“ ersetzt den Bau von neuen Kraftwerken nicht (Folie 6: Stromlücke (Winterhalbjahre)).

### **Neue Kernkraftwerke sind unverzichtbar**

Im Elektrizitätsbereich erwarten die Investoren klare Antworten. Die Industrie und der Dienstleistungsbereich fordern, dass die Versorgungssicherheit im Vordergrund steht. Der Klimabereich schliesslich verlangt die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Aus all diesen Gründen müssen wir umgehend die politischen Entscheidungen vorbereiten, damit die heutigen Kernkraftwerke durch neue Anlagen ersetzt werden können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.